

Parteien und Politiker herausgefordert

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **77 (1982)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-175020>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Partis politiques interpellés

lsp. Il est manifeste que les partis politiques se sont jusqu'ici trop peu préoccupés de la protection des sites, alors que d'après un sondage d'opinion 70% de la population estime que c'est une des tâches primordiales du moment. Pour les inciter à assumer davantage leurs responsabilités en ce domaine, la Ligue suisse du patrimoine nationale (LSP) les a réunis le 28 avril à Berne, à l'occasion de sa campagne «Sauvegarder le patrimoine – aménager l'avenir», pour un colloque sur le thème «Protection du patrimoine, politique et citoyens». Y ont pris part, avec les représentants des partis, des députés et fonctionnaires fédéraux, et des délégués d'autres organisations à but idéal.

Quatre porte-parole ont introduit le sujet. Mme R.-C. Schüle, présidente LSP, a relevé que la différence est considérable entre les programmes électoraux et la réalité, qui est la dégradation continue des localités et des paysages. M. M. Badilatti, secrétaire général LSP, a défini les bases d'une éthique de l'environnement que le monde moderne rend indispensable: responsabilité personnelle de chacun, application correcte de la législation, respect de la nature et du patrimoine culturel. M. R. Steiner, chef du bureau technique LSP, a montré par une série de cas concrets comment la protection des sites est le plus souvent sacrifiée aux intérêts privés et aux intrigues politiques. M. von Segesser, président de la section LSP de Suisse centrale et grand conseiller, a dénoncé la tendance à toujours donner la priorité à des problèmes déclarés «infiniment plus importants», et a invité les partis à tenir compte des vœux de la population.

Parteien und Politiker herausgefordert

shs. Die politischen Parteien haben bislang eindeutig zu wenig getan für die Belange des Heimat- und Naturschutzes. Sie sind aufgefordert, für dieses von 70 Prozent der Schweizer als eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Bevölkerung erkannten Problem mehr Mitverantwortung zu übernehmen und sich stärker zu engagieren. In diesem Sinne endete ein vom Schweizer Heimatschutz (SHS) im Rahmen seiner Kampagne «Heimat erhalten – Zukunft gestalten» am 28. April in Bern durchgeführtes Seminar zum Thema «Heimatschutz, Politik und Bürger».

Daran nahmen Vertreter der ideellen Organisationen, der politischen Parteien, des eidgenössischen Parlamentes und der Bundesverwaltung die Gelegenheit wahr zu einer Auslegeordnung heimatschützerischer Beziehungskonflikte in der Tagespolitik.

Für neue Umweltethik

Einleitend wies SHS-Präsidentin Dr. Rose-Claire Schüle auf die Kluft zwischen heimatschützerischen Bekenntnissen in den Programmen der Parteien und der politischen Wirklichkeit hin. Tatsache sei, dass trotz schöner Bekenntnisse unsere Landschaft, unsere Städte und Dörfer sich geradezu in beängstigender Weise veränderten und dass unwie-

derbringliche Werte nach wie vor leichtsinnig irgendwelchen anderen Interessen geopfert würden. Die ideellen Organisationen, die politischen Parteien und die Behörden aller Stufen seien daher aufgerufen, ihren Einsatz zugunsten unseres Lebensraumes zu vergrössern.

In einem kulturpolitischen Referat legte der Geschäftsführer des Schweizer Heimatschutzes, Marco Badilatti, dafür die geistig-ethischen Grundlagen. Unter dem Titel «Der Mensch und seine Umwelt» umriss er den historischen Werdegang der Umweltkrise unserer Zeit und zeigte ihre Auswirkungen insbesondere am Raubbau an der Natur, am Kulturzerfall und an der Heimatlosigkeit des modernen Menschen auf. Die

derzeitige Lage, so folgerte Badilatti, erfordere heute eine eigentliche Umweltethik, die er von vier Elementen getragen wissen wollte: von der Selbstverantwortung des Menschen, der Rechtmässigkeit durch korrekten Rechtsvollzug, der Selbstbeschränkung in den materiellen Bedürfnissen jedes einzelnen und schliesslich der Ehrfurcht vor der Schöpfung, der menschlichen Würde und vor denjenigen kulturellen Errungenschaften, die die Zeit überdauern und von bleibendem Wert sind.

Glaubwürdiger politisieren

Robert Steiner, Chefbauberater des SHS, wies in einer Reihe von konkreten Fallbeispielen nach, wo und wie die heimatschützerischen Anliegen in der Praxis immer wieder wirtschaftlichen Interessen und politischem Ränkespiel untergeordnet würden. Er setzte sich ein für eine Stärkung der staatlichen Glaubwürdigkeit, verlangte, dass die Bundesbeitragspraxis bei widerstrebenden Interessen überprüft und die Umweltverträglichkeit gerade auch im öffentlichen Bau gewährleistet werde. Heimat- und Naturschutz, so meinte Steiner, seien unteilbar und verlangten daher eine gemein-

same Strategie von Bund, Kantonen und Gemeinden. Mehr Taten statt Worte in der Tagespolitik forderte schliesslich der Präsident des Inner-schweizer Heimatschutzes und Grossrat Dr. iur. Hans von Segesser. Er stellte fest, dass man sich dort bei umweltpolitischen Anliegen allzuoft hinter «unendlich viel wichtigere Probleme» verstecke. Er warnte die Politiker davor, Dinge zu verkünden und Partikularinteressen zu vertreten, die nicht der Meinung der Bevölkerung entsprächen. Die Parteien hätten vielmehr die Aufgabe, ihre Exponenten zu überwachen, auf dass sie in Umweltfragen glaubwürdiger werden.

Haltung der Parteien

Mit kurzen Statements legten anschliessend die Vertreter der anwesenden Parteien (CVP, EVP, FDP, LDU, Liberale, NA, SVP und SP) ihre Heimatschutzpolitik dar. Diese fielen recht unterschiedlich aus und machten deutlich, dass zwischen Bekenntnis und der Wirklichkeit eine beträchtliche Kluft besteht, dass die Parteien aber umgekehrt auch oft zwischen widersprüchlichen Interessen hin- und hergerissen werden und in Zielkonflikte geraten. CVP-Generalsekretär Dr. Hans-Peter Fagagnini räumte ein, dass wir es heute im Heimatschutz mit einem echten Vollzugsproblem zu tun hätten, während Nationalrat Dr. Hans Oester die pionierhafte Arbeit der EVP im Gewässerschutz und in andern Gebieten hervorhob. Bei der FDP stünden die Türen offen für heimatschützerische Impulse, meinte Walter Schiesser namens der Umweltkommission dieser Partei und wies auf den traditionellen Einsatz derselben zugunsten des Heimatschutzes hin. Mehr finanzielle Mittel für den Heimatschutz wurden vom Landesring als Oppositionspartei gefordert, während der Präsident der Liberalen, Dr. Rudolph Sarasin, für mehr Überzeugung statt Verbote

plädierte. Dr. Max Disteli von der Nationalen Aktion führte den Landschaftsverschleiss in der Schweiz auf die Überfremdung zurück und erinnerte an die von seiner Partei lancierte Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat. Ein eher düsteres Bild von der politischen Front zeichnete Nationalrat Dr. Erwin Akeret von der SVP, nach dessen Überzeugung die Parteien heute gerade in heimat- und naturschutzpolitischen Fragen am Volk vorbeilebten. Schliesslich wurde seitens des SP-Vertreters unterstrichen, dass der Heimatschutz viel mit Bodenrecht zu tun habe und dass seine Partei deshalb die zurzeit laufende Stadt-Land-Initiative unterstütze.

Konkrete Forderungen

Als wichtigste Schlussfolgerungen der nachmittäglichen Gruppenarbeiten über Probleme des Parteien-Engagements, des Vollzuges und der Finanzierung des Heimatschutzes sind zu erwähnen:

- der Vollzug von Rechtserlassen durch die Parteien und Behördenmitglieder muss dringend verbessert werden;

- auf allen Ebenen (Bund, Kantone und Gemeinden) sind verwaltungsunabhängige Heimat- und Naturschutzkommissionen zu schaffen;

- die finanziellen und personellen Mittel des Bundes für den Heimat- und Naturschutz stehen mit 6,5 Mio. Franken im Jahr in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Aufgabe (Vergleich: ein Nationalstrassenkilometer kostet allein 17 Mio. Franken);

- die Kompetenzen des Bundes für den Heimat- und Naturschutz sind im Interesse des Lebensraumes nicht abzubauen, sondern zu verstärken; verlangt wird insbesondere die Schaffung eines Bundesamtes für Heimat- und Naturschutz, dem auch die Denkmalpflege zu unterstellen wäre;

- ein Teil des Treibstoffzollzuschlages ist im Sinne des Verursacherprinzips inskünftig für Aufgaben des Natur- und Heimatschutzes zu verwenden;

- die Stellung der ideellen Organisationen des Heimat- und Naturschutzes ist durch öffentliche Zuwendungen und durch die Einführung des integralen Beschwerderechts in allen Kantonen zu verstärken.

Die nächste Nummer des «Heimatschutz» wird ausführlich auf das Seminar «Heimatschutz, Politik und Bürger» eingehen.

Hiiiiifeee!

Eine grosse Aufgabe des SHS bildet der jährliche Schoggitalerverkauf für Heimat- und Naturschutz. Für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben im Rahmen dieser landesweiten Aktion werden laufend freiwillige Helfer in allen Landesteilen gesucht: Erwachsene und Jugendliche für organisatorische und administrative Arbeiten in Gemeinden und Bezirken, aber auch Schüler und ganze Schulklassen für den Strassenverkauf. Wenn Sie sich für stundenweise Einsätze im Dienste des Heimat- und Naturschutzes zur Verfügung stellen, melden Sie sich bitte mit untenstehendem Talon.

Herzlichen Dank!

Anmeldetalon

Ich wäre bereit, bei der Taleraktion 1982 vom 15. bis 18. September 1982 (VD/TI/VS/FR vom 29. September bis 2. Oktober 1982) mitzuhelfen und bitte um nähere Auskünfte:

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Alter:

Telefon:

Ausfüllen und einsenden an:
Talerverkauf für Heimat- und Naturschutz
Postfach, 8032 Zürich

Les partis démocrate-chrétien, radical, socialiste, libéral, évangéliste, indépendant, l'Union démocratique du centre et l'Action nationale, étaient représentés. Dans l'ensemble, ils ont été plutôt décontenancés et par le sujet et par les critiques, et n'ont pas caché qu'en leur propre sein s'affrontent aussi des intérêts contradictoires. La nécessité de faire davantage dans le domaine en cause n'a pas été contestée. L'après-midi, des groupes de travail ont étudié la question des mesures à prendre et ont abouti à des conclusions dont les plus importantes sont les suivantes:

- les autorités doivent mieux appliquer la législation en vigueur, et les partis mieux veiller à cette application;

- à tous les échelons (fédéral, cantonal et communal), des commissions de protection des sites, indépendantes de l'administration, devraient être créées;

- les moyens financiers mis en œuvre par la Confédération pour la protection des sites, soit 6,5 millions de francs par an, sont sans proportion avec l'ampleur de la tâche (en comparaison: un km de route nationale coûte 17 millions);

- les compétences fédérales, dans l'intérêt de notre cadre de vie, devraient plutôt être renforcées qu'amoincies;

- Une partie du produit de la surtaxe sur les carburants doit être utilisée à l'avenir en faveur de la protection de la nature et du patrimoine, en vertu du principe «pollueur/payeur»;

- La position des organisations de protection des sites doit être renforcée par des subventions officielles et par l'introduction d'un droit de recours intégral dans tous les cantons.